

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2012

Inhalt

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission	2
Kommission vereinfacht die Abwicklung länderübergreifender Erbfälle.....	2
Kommission fordert mehr Engagement in der Behindertenpädagogik	2
Kommission setzt sich für Familienplanung in Entwicklungsländern ein.....	2
Kommission setzt sich für erhöhte Straßenverkehrssicherheit in Europa ein.....	3
EU-Bürger/innen sorgen sich um Sicherheit im Internet	3
Bei Lebensmitteln ist EU-Bürger/innen die Qualität am wichtigsten	3
Konsultation über Umgebungslärm und Lärmschutzpolitik gestartet	4
Beschäftigung und Soziales in Europa.....	4
Eurostat veröffentlicht Daten zur Arbeitslosigkeit in der EU.....	4
Quartalsbericht über soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU	4
Kommission spricht Empfehlungen zur Reduzierung von Jugendarbeitslosigkeit aus	5
Kommission startet Konsultation zu künftigen Maßnahmen für Existenzgründer/innen.....	5
Weitere Nachrichten	5
EU und UNICEF fördern Registrierung von Geburten in Entwicklungsländern.....	5
Eurochild veröffentlicht Bericht zu Nationalen Reformprogrammen.....	6
Europäische Investitionsbank finanziert Schulbau in Irland	6
Wettbewerb im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen.....	6
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Kommission vereinfacht die Abwicklung länderübergreifender Erbfälle

Mit der Einführung neuer EU-Erbrechtsregeln wird den EU-Bürger/innen der Umgang mit Testamenten und Nachlässen vereinfacht. Aufgrund der nationalen Erbrechte der Mitgliedstaaten war die Rechtslage bisher oft unklar. Bei einem Erbfall werden der Gerichtsstand und das anzuwendende nationale Recht künftig nach dem Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers entschieden. Weiterhin wird ein Europäisches Nachlasszeugnis eingeführt, mit dem Erben und Nachlassverwalter überall in der EU ohne weiteres ihre Rechtsstellung nachweisen können. Dadurch sollen Verfahren schneller und kostengünstiger werden. Jährlich sind rund 450.000 Familien mit grenzüberschreitenden Erbfällen innerhalb der EU konfrontiert.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu grenzüberschreitenden Erbfällen](#)

Kommission fordert mehr Engagement in der Behindertenpädagogik

Ein Bericht der Kommission zur Bildung von Menschen mit Behinderungen in der EU kritisiert, dass diese kaum Bildungs- und Erwerbschancen haben, obwohl sich die Mitgliedstaaten zur Förderung inklusiver Bildung verpflichtet hatten. In der EU haben rund 45 Mio. Menschen im erwerbsfähigen Alter eine Behinderung und 15 Mio. Kinder einen sonderpädagogischen Förderungsbedarf. Letztere verlassen die Schule oft mit geringen oder ohne Qualifikationen, um anschließend in spezielle Ausbildungsgänge zu gehen, die jedoch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt eher verschlechtern. Menschen mit Behinderungen sind häufiger arbeitslos und verdienen meist weniger als Nichtbehinderte. Daher fordert die Kommission von den Mitgliedstaaten, sich stärker für inklusive Bildung einzusetzen und Barrieren, die schulischem und beruflichem Erfolg entgegenstehen, abzubauen. Außerdem appelliert sie daran, sehbehinderten Menschen den gleichen Zugang zu Büchern zu verschaffen wie Sehenden. Dazu muss verbindlichen Copyright-Ausnahmen zugunsten Blinder zugestimmt werden.

- [Bericht der Europäischen Kommission zur Bildung von Menschen mit Behinderungen \(englisch\)](#) 
- [Statement der Europäischen Kommission zu Büchern für Blinde \(englisch\)](#)

Kommission setzt sich für Familienplanung in Entwicklungsländern ein

Die Kommission will zusätzliche 23 Mio. Euro in eine bessere Familienplanung und Müttergesundheit in Entwicklungsländern investieren. Damit soll bis 2020 120 Mio. Frauen Zugang zu Verhütungsmitteln und Gesundheitsschutz ermöglicht werden. 8 Mio. Euro des Budgets sollen in den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zur Aufklärung und Verhütungsmittelversorgung der Frauen und Mädchen in den ärmsten Teilen der Welt fließen. Die weiteren 15 Mio. Euro sollen zivilgesellschaftliche Gruppen für die Hilfe bei der Familienplanung erhalten. Außerdem wird die Verbesserung von Mütter- und Kindergesundheit angestrebt. Hintergrund der Initiative ist, dass pro Jahr etwa 75 Mio. Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern ungewollt schwanger werden. Bei besserer Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln könnte dort die Zahl ungewollter Schwangerschaften um mehr als 70 % zurückgehen und pro Jahr würden knapp 100.000 Mütter und 600.000 Säuglinge weniger sterben. Seit 2007 stellt die Kommission jährlich durchschnittlich mehr als 500 Mio. Euro für Gesundheitsprojekte und –programme bereit, davon ca. 86 Mio. Euro für die Familienplanung.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Familienplanung in Entwicklungsländern](#)

Kommission setzt sich für erhöhte Straßenverkehrssicherheit in Europa ein

Die Kommission hat im Juli zwei Initiativen zur Halbierung der Straßenverkehrsunfälle in der EU bis 2020 vorgestellt. Zum Einen sollen junge Menschen stärker in die Verkehrspolitik einbezogen werden. Die andere Strategie zielt darauf ab, Unfälle aufgrund technischen Versagens zu reduzieren. Jährlich sterben europaweit etwa 61 Mio. Menschen im Straßenverkehr. 2010 war rund ein Fünftel der Verkehrstoten in der EU zwischen 18 und 25 Jahre alt, obwohl diese Altersgruppe nur ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Um Jugendliche besser zu sensibilisieren und zu einem vorsichtigeren Fahrverhalten zu führen, sollen junge Menschen nun motiviert werden, ihren Beitrag zur Straßenverkehrssicherheit zu leisten.

Außerdem sollen ältere Fahrzeuge zukünftig häufigeren Kontrollen unterliegen, da sich zwischen dem fünften und sechsten Lebensjahr eines Fahrzeugs die Anzahl schwerer Unfälle im Zusammenhang mit technischen Mängeln stark erhöhen. Die Hauptuntersuchung eines Neuwagens müsste künftig erst nach vier statt wie bisher nach drei Jahren stattfinden, jedoch ab dem siebten Jahr jährlich.


Weiterhin hat die Kommission eine Konsultation zu grenzüberschreitenden Verkehrsunfällen gestartet. Sie möchte damit Fragen nach Schadenersatzforderungen für Verkehrsunfallopfer im europäischen Ausland beantworten. Die Konsultation läuft bis zum 19. November 2012.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Verkehrsunfallrate Jugendlicher](#)
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu Fahrzeuguntersuchungen](#)
- [Grünbuch zu grenzüberschreitenden Verkehrsunfällen in der EU \(englisch\)](#)

EU-Bürger/innen sorgen sich um Sicherheit im Internet

Laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage zu Internetsicherheit gaben 89 % der Befragten an, personenbezogene Daten im Internet anzugeben. Mehr als ein Drittel sind der Meinung, dass das Risiko, ein Opfer von Internetkriminalität zu werden, in den vergangenen Jahren gestiegen sei. 59 % fühlen sich schlecht über Risiken der Internetkriminalität informiert und 38 % sind bei Zahlungen im Internet besorgt. 12 % der befragten Internetnutzer/innen haben bereits Erfahrungen mit Online-Betrug gemacht und 8 % sind Opfer von Identitätsdiebstahl geworden.

Daher hat die Kommission eine Konsultation für einen verbesserten Rechtsrahmen für Netzsicherheit gestartet. Interessierte Bürger/innen, Unternehmen und Behörden sind aufgerufen, ihre Erfahrungen mit Internetkriminalität sowie Vorschläge für eine verbesserte Internetsicherheit an die Kommission zu leiten. Außerdem hat die Kommission ein Grünbuch zur Erhaltung des offenen Internets veröffentlicht. Darin sollen Fragen zur Transparenz und zum Anbieterwechsel sowie zu bestimmten Fragen der Steuerung des Internetverkehrs beantwortet werden. Beide Konsultationen laufen bis zum 15. Oktober 2012.


- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Internetsicherheit \(englisch\)](#)
- [Eurobarometer-Umfrage zur Internetsicherheit](#) 
- [Grünbuch zur Internetsicherheit \(englisch\)](#)
- [Grünbuch zur Erhaltung des offenen Internets \(englisch\)](#)

Bei Lebensmitteln ist EU-Bürger/innen die Qualität am wichtigsten

Eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass die Verbraucher/innen bei Lebensmitteln vor allem auf Qualität und Preis achten. 70 % achten auf die Herkunft ihres Essens. Hinsichtlich der weltweiten Versorgung mit Lebensmitteln denken fast 90 % der Deutschen, dass die EU anderen Ländern bei der Herstellung von Nahrungsmitteln helfen sollte. In Griechenland gaben über 90 % der Befragten an, Angst vor

Lebensmittelknappheit im eigenen Land zu haben. 24 % kannten das EU-Bio-Logo, das seit dem 1. Juli 2010 verpflichtend für alle verpackten Lebensmittel aus der ökologischen Landwirtschaft ist.

Laut eines aktuellen Berichts der Kommission hat das EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) im vergangenen Jahr viele Risiken bei Lebensmitteln aufgedeckt. 2011 wurden 9157 Verstöße gegen das EU-Lebensmittelrecht gemeldet, davon galten 617 Fällen als schwerwiegend. Die häufigsten Verstöße betrafen Aflatoxine in Futtermitteln, getrocknete Früchte und Nüsse sowie die Freisetzung chemischer Stoffe aus Küchenutensilien in China. Das Schnellwarnsystem soll die Lebensmittelsicherheit vom/von der Erzeuger/in bis zum/r Verbraucher/in garantieren.

- [Eurobarometer-Umfrage zur Einstellung der Europäer/innen zu Lebensmitteln](#) 
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Lebensmittelsicherheit in der EU](#)
- [Informationen zum EU-Schnellwarnsystem RASFF \(englisch\)](#)

Konsultation über Umgebungslärm und Lärmschutzpolitik gestartet

Die Kommission hat ein Grünbuch zum Bericht über die Durchführung der Richtlinie über Umgebungslärm und Lärmschutzpolitik in der EU veröffentlicht. Mit der Richtlinie sollen die schädlichen Auswirkungen von Umgebungslärm begrenzt werden, die Belastung in Lärmkarten festgehalten und Aktionspläne erarbeitet werden. Ein Durchführungsbericht von 2011 prüft den Bedarf zusätzlicher Maßnahmen sowie die akustische Umgebungsqualität und ist Teil des Konsultationsprozesses.

- [Grünbuch zum Bericht über die Durchführung der Richtlinie über Umgebungslärm und Lärmschutzpolitik in der EU \(englisch\)](#)

Beschäftigung und Soziales in Europa

Eurostat veröffentlicht Daten zur Arbeitslosigkeit in der EU

Laut aktuellen Daten zur Arbeitslosigkeit in der EU lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum im Mai 2012 bei 11,1 % und somit um 0,1 % höher als im Vormonat. In der EU 27 lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 10,3 % gegenüber 10,2 % im April. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten wiesen Österreich (4,1 %), die Niederlande (5,1 %), Luxemburg (5,4 %) und Deutschland (5,6 %) auf, die höchsten Spanien (24,6 %) und Griechenland (21,9 %). Die Jugendarbeitslosenquote lag im Euroraum bei 22,6 % und 22,7 % in der EU 27. In Griechenland und Spanien waren 52,1 % aller Jugendlichen arbeitslos.

- [Pressemitteilung von Eurostat zur Arbeitslosigkeit in der EU](#) 

Quartalsbericht über soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU

Der Ende Juni veröffentlichte Quartalsbericht über die soziale Lage und die Beschäftigungssituation (vgl. Arbeitslosenzahlen oben) in der EU zeigt, dass die Polarisierung der Gesellschaft zunimmt. Das Armutsrisiko für Jugendliche bleibt in Folge hoher Beschäftigungslosigkeit hoch. Daraus resultieren große Mobilitätsabsichten junger Menschen aus südeuropäischen Staaten. Aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen hat sich die finanzielle und soziale Lage der Bevölkerung in einigen Mitgliedstaaten deutlich verschlechtert. Eine Folge ist u.a. steigende Obdachlosigkeit.

- [Quartalsbericht über soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU – Juni 2012 \(englisch\)](#) 

Kommission spricht Empfehlungen zur Reduzierung von Jugendarbeitslosigkeit aus

Zur Reduzierung der überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit in der EU hat die Kommission Empfehlungen an die Mitgliedstaaten ausgesprochen. Die Empfehlungen basieren auf zwei Studien zu Lehrstellen und Praktika, die dort als außerordentlich nützlich, jedoch verbesserungsfähig beurteilt werden. Die Kommission empfiehlt u.a., die Ausbildungsprogramme verstärkt an die Arbeitsmarktnachfrage und Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. In diesem Zusammenhang lobte sie die duale, betrieblich organisierte Berufsausbildung in vielen Mitgliedstaaten, vor allem in den Niederlanden und Deutschland. Jedoch nähmen die Vorteile im Hinblick auf langfristige Beschäftigungsperspektiven ab und die Übertragbarkeit des vermittelten Wissens in andere Unternehmen sei nicht immer gegeben. Praktika sollten bereits in den Lehrplan eingebunden werden und nicht erst nach Abschluss erfolgen. Besonders für benachteiligte Jugendliche sollten Förderprogramme für Praktika bereitgestellt werden. Die Ergebnisse beider Studien werden bis zum Ende des Jahres in zwei Initiativen der Kommission einfließen: ihren Vorschlag zur Jugendgarantie (siehe [Europa News April 2012](#)) und in einen Qualitätsrahmen für Praktika.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu Lehre und Praktika in der EU](#)

Kommission startet Konsultation zu künftigen Maßnahmen für Existenzgründer/innen

Um mehr EU-Bürger/innen zu motivieren, ihr eigenes Unternehmen zu gründen, will die Kommission im kommenden Herbst einen Aktionsplan zur Förderung der unternehmerischen Initiative in Europa lancieren. Nur 11 % der EU-Bürger/innen sind Unternehmer/innen, obwohl 45 % es gern wären. Durch neue Unternehmen werden jährlich 4,1 Mio. neue Arbeitsplätze in Europa geschaffen. Mit dem nun gestarteten Grünbuch sollen Interessengruppen und Bürger/innen ihre Meinung zum Umfang möglicher künftiger Maßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Initiative auf EU- sowie auf regionaler und lokaler Ebene äußern. Die Konsultation läuft bis zum 1. Oktober 2012.

- [Pressemitteilung zum Grünbuch zu Maßnahmen für Unternehmensgründer/innen](#)

Weitere Nachrichten

EU und UNICEF fördern Registrierung von Geburten in Entwicklungsländern

EU und UNICEF haben ein gemeinsames Projekt gestartet, mit dem neugeborene Kinder in acht AKP-Staaten (Nigeria, Burkina Faso, Myanmar, Mosambik, Uganda, Kiribati, Vanuatu und die Salomonen) erstmals eine Geburtsurkunde erhalten werden. Das mit insgesamt sechs Mio. Euro ausgestattete Projekt soll die Einrichtung von entsprechenden Erfassungssystemen ermöglichen. Mit der Registrierung bei der Geburt erhalten die Kinder Zugang zu Bildungs- und Gesundheitswesen oder können sich ab einem entsprechenden Alter an Wahlen beteiligen. Außerdem können sich die Länder damit ein besseres Bild ihrer demografischen Entwicklung machen, das bei der Festlegung von nachhaltigen Entwicklungsstrategien helfen kann. In Afrika und in Asien sind derzeit weniger als die Hälfte aller Kinder registriert.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Registrierung von Geburten in Entwicklungsländern \(englisch\)](#)

Eurochild veröffentlicht Bericht zu Nationalen Reformprogrammen

Eurochild hat einen Bericht über Analysen der Nationalen Reformprogramme und Nationalen Sozialberichte der Mitgliedstaaten veröffentlicht. Er weist darauf hin, dass die Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten zu sozialer Inklusion und zur Bildung im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sind. Nur Griechenland und Großbritannien setzen Ziele zur Reduzierung von Kinderarmut. In der Europa 2020-Strategie betreffen zwei von fünf Zielen Armut und Bildung: 20 Mio. Menschen soll aus der Armut geholfen werden und Schulabbruch soll auf weniger als 10 % reduziert werden.

- [Bericht von Eurochild zu den NRPs der Mitgliedstaaten \(englisch\)](#) 

Europäische Investitionsbank finanziert Schulbau in Irland

Die Irische Regierung erhält 100 Mio. Euro von der Europäischen Investitionsbank (EIB) für den Umbau und die Renovierung von Schulen. Die Gesamtkosten des Programms betragen 219 Mio. Euro. Um Schulen attraktiver zu machen, sollen 550 neue Klassenräume an 35 Grund- und 12 weiterführenden Schulen entstehen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Investitionsbank \(EIB\) zum Schulausbau in Irland](#)

Wettbewerb im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Die Kommission vergibt im Rahmen des „Europäischen Jahres 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ Preise an Organisationen und Einzelpersonen, die durch ihre Tätigkeit das aktive Altern fördern. Es gibt fünf verschiedene Kategorien: „Arbeitsplätze für jedes Alter“, „Für altersgerechte Umgebungen“, „Social Entrepreneurs“, „Berichterstattung über das Altern und die Beziehungen zwischen den Generationen“ sowie „Der Lebensgeschichten-Wettbewerb“. Der Wettbewerb läuft noch bis zum 1. September 2012 und alle Bürger/innen der EU-Mitgliedstaaten, Norwegens, Islands und Liechtensteins sind teilnahmeberechtigt.

- [Teilnahmemodalitäten des Wettbewerbs der Europäischen Kommission zum EJ 2012](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Glasgow Caledonian University und BHF National Centre: Kongress [“8th World Congress on Active Aging”](#) (13. – 17. August 2012, Glasgow)
- Declining Ageing and Regional Transformation (DART): Konferenz [“Demographic Change in Europe”](#) (3. September 2012, Potsdam)
- Nobody’s Children Foundation, NASK und Klicksafe: Konferenz [“Keeping Children and Young People Safe Online”](#) (20. – 21. September, Warschau)
- European Economic and Social Committee (EESC): Konferenz [“Step up for a stronger Europe- Civil society: a full partner in the Europe 2020 strategy”](#) (25. September, Brüssel)
- Public Policy Exchange: Symposium [“Zero Tolerance on All Forms of Domestic Violence – Towards Comprehensive EU-Wide Actions”](#) (26. September, Brüssel)
- COFACE: Workshop [“Family friendly regions – towards smart and sustainable growth”](#) (9. Oktober, Brüssel)
- Netherlands Youth Institute (NYI) und die Universität Amsterdam: Europäische Konferenz [„Think Parents!“](#) (10. – 12. Oktober, Den Haag)
- International Foster Care Organization (IFCO): Konferenz [“It Takes a Village to Raise a Child – Developing Foster Care in Transforming Societies”](#) (21. – 24. Oktober 2012, Sofia)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe”](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)
- Forum Europe: Konferenz [“The European Child Safety Online Conference 2012”](#) (15. November, Brüssel)
- UNESCO: Internationale Konferenz [“Millenia 2015, An Action Plan for Women’s Empowerment”](#) (3. – 4. Dezember 2012, Paris)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).